

Wilfried Klein
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Der Haushaltsplan 2006/2007

Haushalt der Verantwortung: Konsolidierung als Chance - Bonn modernisieren

Rede zur Verabschiedung des
Doppelhaushaltes und des Haushaltssicherungskonzeptes am 4. Mai 2006

Sperrfrist: 4. Mai 2006, 18.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

der Rat wird heute mit ordentlicher Mehrheit einen Haushalt der Verantwortung verabschieden – einen Haushalt der Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt, für die Menschen, die in ihr leben und für die künftigen Generationen. Dieser Haushalt stellt einen wichtigen Meilenstein dar, um die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt zu erhalten. Wir müssen die finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten, um Bonns Zukunft zu gestalten – nachhaltig, sozial gerecht, wirtschaftlich stark und weltoffen. Die Koalition, die die SPD gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP geschlossen hat, ist unter dieser Überschrift angetreten – und unter diese Überschrift stelle ich auch den Haushalt.

Die Sanierung des Haushaltes ist eine Kernaufgabe der Koalition – und sie ist eine Nagelprobe der Koalition. An der Verabschiedung von Haushalt und HSK können Sie ablesen, dass wir diese Probe bestehen werden.

Wir wissen sehr wohl, dass die Herkulesaufgabe Haushaltssanierung noch lange nicht erledigt ist. Aber wir sind uns sicher, dass wir die Aufgabe mit der heutigen Verabschiedung von Haushalt und Haushaltssicherungskonzept (HSK) anpacken und auch lösen werden. Wir schaffen das!

Haushalt der Verantwortung

Wir schaffen das – weil wir das schaffen müssen. Es steht nämlich viel auf dem Spiel. Es geht dabei nur am Rande um die für viele eher akademische Sicherung der Selbstständigkeit der Kommunen. Es geht uns auch nicht darum, dass wir als Rat auch zukünftig „noch was zu sagen“ haben wollen. Nein, es geht darum, dass wir das, was wir in den letzten Jahren so erfolgreich begonnen haben, auch in der Zukunft fortsetzen können. Bonn hat in den letzten Jahren einen guten Weg genommen – wir wollen, dass wir diesen Weg fortsetzen können.

Weg des Strukturwandels fortsetzen

Dieser Weg ist zunächst der Weg des Strukturwandels. Der erfolgreich beschrittene Weg hat uns an die Spitze vieler Rankings gebracht – was Wirtschaftsdaten angeht, was Lebenszufriedenheit angeht, was Einwohnerentwicklung angeht. Wir wollen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Wir haben das deshalb so erfolgreich tun können, weil wir entschlossen unsere Aufgaben angepackt haben, die vor uns lagen. Es gab nach 1991 keine lange Phase der Larmoyanz, sondern des Anpackens. Wir haben mutige Entscheidungen getroffen, um die jetzigen global player unserer Stadt hier gut unterzubringen, wir haben Rahmenbedingungen geschaffen, die die Neuansiedlung von Unternehmen ermöglicht haben, wir haben die städtische Infrastruktur modernisiert, um attraktives Arbeiten und Wohnen in unserer Stadt zu ermöglichen.

Lebensbedingungen für Familien verbessern

Wir haben aber nicht nur Wohngebiete ausgewiesen und die Verkehrswege modernisiert. Wir sind 2004 entschlossen gestartet, um auch die Lebensbedingungen vor allem für die Familien in unserer Stadt deutlich zu verbessern. Auch diesen Weg wollen wir fortsetzen; auch diese Erfolge stehen auf dem Spiel, wenn wir die Haushalts-sanierung nicht packen.

- Die Modernisierung des Gebäudemanagements hat es möglich gemacht, dass der Masterplan Schulsanierung, wie von der SPD im Wahlkampf versprochen, beschlossen und auf den Weg gebracht werden konnte – mit einer nahezu Verdoppelung der Geldmittel für die Grundsanierung unserer Schulen. Dieser Masterplan wird konsequent fortgesetzt und findet sich entsprechend auch in diesem Haushaltsplan.
- Wir haben beschlossen, konsequent Betreuungsplätze für Kinder unter 3 zu schaffen und auszubauen, um den Bedürfnissen berufstätiger Eltern und den veränderten Anforderungen an Erziehung Rechnung zu tragen, aber auch um den Warnsignalen des demographischen Wandels die angemessene, die Bonner Antwort geben zu können.
- Wir sind geradezu Modellstadt geworden, was die Schaffung und den Ausbau der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) angeht. Was haben wir vor der ersten Staffel in den Jahren 2002/2003 im Rat um die fünf Start-Schulen ringen müssen – jetzt gibt uns der Erfolg Recht. Wir wandeln nicht nur die Schulen um, sondern verbinden die erforderlichen baulichen Erweiterungen, die vom Bund unterstützt werden, mit weiteren Sanierungen an den Schulen.

Dieser Haushalt greift alle diese Initiativen auf und schreibt sie für die nächsten Jahre fort. Das erfüllt uns mit Freude – und auch ein klein wenig mit Stolz. Wir haben daran auch mitgewirkt, aber vor allem: Das ist nicht selbstverständlich, dass eine Kommune, die in das Haushaltssicherungskonzept läuft, mehr Geld in die Schulsanierung, mehr Geld in die Betreuung von Kindern unter drei und mehr Geld in die Schulkinderbetreuung und –förderung steckt.

Wir tun das. Wir tun das gerne. Wir müssen das tun.

Wir geben damit die richtige Antwort auf die Anforderungen von PISA und demographischen Wandel.

- Aber nicht nur das – mit dem heutigen Haushalt werden wir auch ein ambitioniertes Konzept zur Sprachförderung von Vorschulkindern auf den Weg bringen, das nicht mehr und nicht weniger als eine Verdoppelung der Anstrengungen – auch finanziell – mit sich bringt. Das ist auch nicht selbstverständlich. In anderen Kommunen wird der Bedarf gesehen – und die Mittel werden gekürzt.

Wir tun das nicht. In Bildung und Familien wird in Bonn investiert – zu Recht.

Wirtschaftsförderung optimieren

Wir wissen aber auch, dass unsere Stadt weiterhin konsequente Anstrengungen in der Wirtschaftsförderung benötigt. Wir dürfen uns auf dem Erfolg nicht ausruhen. Daher werden wir mit diesem Haushalt auch mehr Geld für Existenzgründungen und mehr Geld für das Marketing beschließen. Nur mit einer auch in Zukunft für die Unternehmen attraktiven Stadt werden wir die Aufgaben finanzieren können, die wir uns zur Förderung von Familie und Bildung gestellt haben.

Kommunale Antworten auf Globalisierung und demographischen Wandel

Die Kommunen stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Sie werden oft in den Begriffen demographischer Wandel und Globalisierung zusammengefasst. Ich denke, dass wir diesen Herausforderungen im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten eine passende Antwort geben.

Es gibt aber eine weitere Herausforderung, die wir zu meistern haben – das ist die Konsolidierung unseres Haushaltes. Diese Aufgabe lohnt sich – weil viel auf dem Spiel steht. Ich habe es mit unseren Schwerpunkten, die wir heute verabschieden, benannt.

Masterplan Haushaltssanierung

Die Konsolidierung bringen wir mit diesem Haushalt und dem HSK auf den Weg – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Viele der dafür erforderlichen konkreten Maßnahmen müssen wir noch vereinbaren. Für die zweite Jahreshälfte steht uns da ganz sicher noch viel Arbeit bevor, wenn wir den „Masterplan Haushaltssanierung“ beraten und verabschieden. Wir werden Entscheidungen treffen müssen zur Konsolidierung im Sozial- und Jugendbereich, im Bäder- und Sportsektor, bei der Kultur, bei unseren Beteiligungen. Wir müssen und wir wollen den Haushalt bis 2010 ausgeglichen haben.

Das wird nicht einfach. Da ist auch noch vieles im Unklaren. Aber eines ist ganz klar: Von vielen Bequemlichkeiten und Besitzständen werden wir uns verabschieden müssen. Wir brauchen ein Umdenken in unserer Stadt. Es muss der Blick für das Ganze geschärft und Klientelpolitik zurückgedrängt werden.

Das mag der eine oder andere als trivial beschreiben. Wenn ich mir aber die Debatte in manchen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen ansehe, halte ich diesen Vorwurf für völlig verfehlt. Denn was erleben wir da? Eine umfängliche Revitalisierung des Sankt-Florians-Prinzips. Überall muss gespart werden – aber eben nicht bei mir und nicht bei uns. Es werden Konzepte zur Sanierung gefordert – aber wehtun dürfen die nicht.

Die Zeit der homöopathischen Dosen ist vorbei. Mit weißer Salbe werden wir den kranken städtischen Haushalt nicht mehr aufrichten können. Es wird Schnitte geben, die wehtun, es wird umfassende Operationen geben müssen, um den Haushalt wieder und nachhaltig auf die Beine zu bringen.

Es wird sich 2009 zeigen, wer dazu den Mut hatte und wer sich der Verantwortung verweigert oder sich ihr gestellt hat. Wir werden die Verantwortung übernehmen.

Wir werden die Verantwortung übernehmen im Kulturbereich wie bei den Bädern, bei der Überprüfung der Spielplätze wie bei einer Umstrukturierung im Sozialbereich. Wir müssen Doppelangebote überprüfen und abbauen, wir müssen unsere Stadt im Jahre 2006 schlicht und ergreifend neu vermessen. Wir müssen uns fragen, wo sind bezirkliche Angebote aus der Zeit vor der Gebietsreform sinnvoll und sachlich angemessen und wo ist ein gesamtstädtisches Angebot für Bonn zumutbar?

Grenzen von 1969 überwinden

Dabei ist es ganz wichtig, dass wir uns bei unseren Entscheidungen nicht mehr von den städtischen Grenzen von 1969, vor der Gebietsreform, leiten lassen. Diese alten kommunalen Grenzen beschreiben ja leider oft genug auch die Grenzen des Denkens. Ich bin der letzte, der nicht die örtliche Identität als wichtigen Parameter für die kommunale Arbeit akzeptieren würde. Bei Fragen wie Bäder, Stadt- und Rathaus, Kulturangeboten und nicht zuletzt Standesamt und anderen Angeboten mehr kann die Entscheidung nicht auf Stadtbezirks- oder Stadtteilebene getroffen werden. Wir müssen für jedes Angebot und bezogen auf die Nachfrage im Rahmen der Konsolidierung entscheiden, welche Wege sind zumutbar und welche Wege sind für ein gutes Angebot sinnvoll – ob dabei Stadtteil- und Stadtbezirksgrenzen „überwunden“ werden müssen, hat dabei zweitrangig zu sein. Manchmal kann es sinnvoll sein, ein „altes“ Angebot – oder auch mehrere - an der einen Stelle aufzugeben, um ein neues, attraktiveres, bei Vollkostenrechnung auch finanziell-betriebswirtschaftlich günstigere Angebot an anderer Stelle einzurichten – möglicherweise dann aber in einem anderen Stadtbezirk. Das gebe ich nicht zuletzt für die zurzeit laufende Diskussion um die Kultur zu bedenken.

Die Haushaltskonsolidierung für die Stadt Bonn des Jahres 2006 bzw. 2010 werden wir nicht mit den Sichtweisen und Mitteln des Jahres 1969 bewältigen können.

Hier sollte sich auch jeder davor hüten, den bequemen Weg zu gehen und populistisch Ängste zu schüren. Dieser Versuch ist durchschaubar – einen klassischen Rohrkrepierer konnten wir alle bei den Standesämtern beobachten. Auch dort wurde versucht, populistisch Ängste zu schüren, völlig verkennend, dass wir unsere Stadt endlich auf das Jahr 2006 neu ausrichten und die Grenzen von 1969 überwinden müssen.

Es ist Zeit, dass Sie und die gesamte Stadt die Realitäten erkennen, denen wir uns stellen müssen. Es wird nicht mehr alles gehen, was wir uns in den Hauptstadtzeiten leisten konnten. Das festzustellen – und wer könnte sich schon gegen diese Einsicht zur Wehr setzen – und gleichzeitig jede Konsequenz davon abzulehnen, das wird nicht gehen und damit werden Sie auch keinen Erfolg haben.

Konsolidierung als Chance - Stadt modernisieren

Wir brauchen die Konsolidierung, weil wir auch in Zukunft eigenverantwortlich gestalten wollen. Wir brauchen die Konsolidierung aber auch, um unsere Stadt zu modernisieren. Noch einmal zum Beispiel Standesämter zurück – der nüchterne Beobachter hat schnell feststellen können, dass wir mit der Zusammenlegung der Standesämter nicht nur Geld sparen, sondern auch das Angebot deutlich modernisiert haben. Die Dienstleistung wird verbessert, die Qualität wird erhöht – letztendlich: „Do han mer all jet von!“

Wir brauchen die Konsolidierung, um unsere Stadt zu modernisieren. Ich nenne Ihnen noch ein paar weitere Felder, wo dringend Handlungsbedarf besteht und wo sich jede Anstrengung daher lohnt.

Mehr Qualität in der Kinderbetreuung?

Wir stecken jetzt viel mehr Geld in die Kinderbetreuung als in der Vergangenheit, in allen Facetten. Aber sind wir uns sicher, dass das reichen wird? Überall wird über die Frage der Betragsfreiheit von Kindergärten diskutiert. Das mögen Bund und Land bezahlen – so wird man als „Kommunaler“ antworten. Aber wird das wirklich das letzte Wort dazu sein? Müssen wir nicht viel mehr anfangen uns Gedanken darüber zu machen, dass auch wir uns dieser Aufgabe stellen müssen? Wie gehen wir damit um, wenn Neuss und Dormagen – kreisangehörige Kommunen, fürwahr – die Beitragspflicht abschaffen wollen und wir damit sicher bald auch von unseren Bürgerinnen und Bürgern gefragt werden, wie wir es denn damit halten?

Gleiches gilt für die OGS-Beiträge – nutzen wir die Chance der erhöhten Beitragssätze oder steigen wir in eine Debatte um die Abschaffung ein?

Auch wenn wir nicht soweit gehen wollen, kommunal die Beitragsfreiheit zu finanzieren – aber wie steht es mit der Entwicklung eines eigenen Bonner Qualitätsstandards für die Betreuung in Kindertagesstätten und an Schulen? Ist es nicht lohnend, sich darüber Gedanken zu machen, um zum Beispiel an mehr Bonner Schulen Sozialarbeiter zu beschäftigen, die die Kinder noch besser fördern als bislang?

Wollen wir in die Diskussion einsteigen, brauchen wir freies Geld. Das käme dann aber einer weiteren Attraktivitätssteigerung unserer Stadt zugute. Festhalten an den alten Besitzständen wird daher nur zurückwerfen in einer hoch dynamischen Diskussion um ein Mehr an kommunalen Aufgaben – auch vor dem Hintergrund, dass wir den Anspruch haben, auch in Zukunft weiter wachsen zu wollen und zu müssen.

Nachbarschaftszentren als Antwort auf demographischen Wandel?

Wir wollen dem demographischen Wandel entsprechen mit einer besseren Familienförderung. Wir wollen auch in Zukunft mehr Familien in Bonn haben und nach Bonn holen. Bonn soll also eine „junge“ Stadt bleiben. Dennoch bleibt die Erkenntnis, dass die Bevölkerung bunter und älter wird. Und das ist ja auch gut so. In Bonn sollen auch in

Zukunft Menschen unterschiedlicher Herkunft eine neue Heimat finden; als internationale Stadt sind wir geradezu dazu verpflichtet. Und in Bonn sollen auch in Zukunft die Menschen gut und gerne alt werden. Aber wie antworten wir darauf mit unserem kommunalen Angebot? Welche Chancen bietet das, aber auch welche Risiken? Wie können wir zukünftig Nachbarschaften organisieren, die den Zusammenhalt in der Bevölkerung unterstützen, Anonymisierung verhindern, Parallelgesellschaften vermeiden? Wir glauben, dass wir ein System von Nachbarschaftszentren benötigen, das vor Ort Beratung, Betreuung und Begegnung ermöglicht, das nicht unbedingt viel mehr Geld benötigt, aber vielleicht auch das. Und auch um diese notwendige Modernisierung bewältigen zu können, müssen wir uns von alten Besitzständen verabschieden, um Mittel für die neuen Herausforderungen verfügbar machen zu können.

Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur

Wir brauchen auch die Konsolidierung, um unsere Verkehrsinfrastruktur weiter modernisieren und auf hohem Leistungsniveau halten zu können. Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Eine attraktive Stadt braucht leistungsfähige Verkehrsträger, muss Arbeitsplätze und Wohngebiete mit einem gut ausgebauten ÖPNV verbinden und die Anbindung an überörtliche Verbindungen sichern. Dafür brauchen wir auch in der Zukunft Geld – Geld, das wir woanders einsparen müssen.

Haus der Bildung – Bonn als Hauptstadt der Bildung

Und erlauben Sie mir ein viertes, ganz aktuelles Beispiel. Wir müssen mehr Wert auf lebenslanges Lernen und Weiterbildung legen – gerade für die Zielgruppen, die als bildungsbenachteiligt gelten. Wir dürfen nicht nur die formal hoch-qualifizierten Bürgerinnen und Bürger im Blick haben, wenn wir uns als soziale, weltoffene Stadt, als „Hauptstadt der Bildung“ profilieren wollen. Das ist vor allem Aufgabe der Volkshochschule und der Stadtbücherei. Wir setzen uns daher dafür ein, dass wir in den nächsten Jahren ein neues Bonner Haus der Bildung in erreichbarer Lage schaffen – was aber auch bedeuten mag, an anderer Stelle Besitzstände, Standorte oder Gebäude aufzugeben – zugunsten eines modernisierten und zielgerichteten Angebotes.

Ich glaube deutlich gemacht zu haben, dass die Konsolidierung nötig ist, dass sie aber auch Chancen birgt. Wenn wir im Herbst entschlossen genug sind, werden wir das schon schaffen. Wenn es uns gelingt, den Geist von vor 15 Jahren, den Geist des entschlossenen Anpackens, wiederzubeleben, werden wir das schaffen.

Aber es gibt auch Risiken, die ich hier zumindest streifen möchte.

Risiken der Landespolitik

Beim Arbeitnehmerempfang der Oberbürgermeisterin am 28. April wurde ich von Betroffenen auf die Gefahren angesprochen, die von den Entscheidungen auf Landesebene auf uns zukommen. Die Kürzung der Mittel für die Regionalstellen „Frau und Beruf“ bedrohen diese Einrichtungen. Auch weitere Verschlechterungen kommen durch die Landespolitik auf uns zu, seien es Kürzungen bei der Familien- und Erziehungsberatung, bei den Volkshochschulen, bei der Schülerbeförderung, bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Auf uns kommt nun die Erwartung zu, diese Aufgaben zu übernehmen.

Das werden wir nicht alles schultern können, ohne unseren eigenen Konsolidierungskurs zu gefährden. Ich wiederhole daher hier die Kritik, die auf dem Städtetag NRW vom neuen Präsidenten Fritz Schramma, CDU, in Richtung der Landesregierung formuliert worden ist: Hören Sie auf, ihre Sparpolitik auf dem Rücken der Kommunen und zu Lasten der Schwerpunkte zu machen, die wir in den Kommunen für die Menschen in unseren Städten setzen.

Es drohen aber auch weitere Gefahren. Wir wollen die Stadtwerke fit machen, durch gezielte Umstrukturierungen einen Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Das können die Stadtwerke aber nur, wenn sie nicht in ihrer Geschäftstätigkeit beschnitten werden. Die geplanten Änderungen des § 107 GO sind damit nicht nur als Anschlag auf das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger zu werten, sondern auch als Gefahr für den Konsolidierungskurs der Kommunen. Und was passiert, wenn die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf die Bereiche beschränkt wird, die die Privaten nicht wollen? Wir können es uns ausmalen: Einsparungen und massiver Abbau bei den ÖPNV-Leistungen werden die Folge sein – ebenfalls zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

Und noch ein weiteres Gefahrenpotenzial droht uns durch die Politik der Landesregierung – werden die Schuleinzugsbezirke abgeschafft, wird uns ein wichtiges Planungsinstrument, nicht zuletzt für die Schulsanierung genommen. Die möglicherweise jährlich wechselnde Nachfrage nach Plätzen macht es unmöglich – und wirtschaftlich unsinnig – Schulen gezielt nach Bedarf zu sanieren. Wegwerfinvestitionen werden die Folge sein. Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP in Bonn dies auch nicht wollen. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass dieser schlimme Fehler verhindert wird. Zumindest muss der Zwang zur Abschaffung verhindert werden – für diesen Fall hat die Koalition aus SPD, Grüne und FDP in Bonn vereinbart, die Schuleinzugsbezirke zu erhalten. Sie sind sinnvoll und stellen für uns ein wichtiges Instrument dar, um Integration und Schulentwicklungsplanung gleichermaßen zu ermöglichen.

Kommunen mit ausreichend Finanzmitteln ausstatten

Wir werden als Kommune – und das gilt auch für alle anderen öffentlichen Haushalte – eine hohe Qualität an öffentlichen Dienstleistungen und qualifizierte Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst nur erhalten können, wenn die Kommunen, neben der konsequenten Überprüfung ihres Aufgabenportfolios, mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Eine weitere Steuersenkungsrunde werden wir daher nicht akzeptieren können. Wer hohe Ansprüche an die öffentlichen Dienstleistungen formuliert – und das tun die Bürgerinnen und Bürger ja unverändert – der wird sich auch dafür stark machen müssen, dass die öffentliche Hand und vor allem die Kommunen die Steuereinnahmen erzielen können, die sie dazu benötigen. Wir setzen hier auf ein Umdenken aller politisch Verantwortlichen, um ausreichend ausgestattete öffentliche Kassen in den nächsten Jahren schaffen und erhalten zu können.

Investitionen in öffentliche Infrastruktur

Das ist nicht nur erforderlich, um die bereits benannten aktuellen und zukünftigen Aufgaben der Kommune finanzieren zu können. Wir brauchen das auch, um wieder verstärkt in andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur investieren zu können. Wir haben in den Ausschüssen ja z.B. über die Notwendigkeit gestritten, mehr Geld für die Straßenunterhaltung zur Verfügung zu stellen. Die Sorge teilen wir, die Notwendigkeit sehen wir auch. Aber wir müssen uns zurzeit auf die Aufgaben konzentrieren, die vorrangig sind – und das ist vor allem die Bildung und Betreuung. Es war ja die CDU, die vor einigen Jahren noch den Slogan bemüht hat „Kinder statt Beton“. Ich erweitere das hier – „Kinder statt Asphalt“. Gleichwohl ist mir wichtig festzustellen, dass wir auch in diesem Haushalt mehr Geld für die Straßenunterhaltung zur Verfügung stellen als in den letzten Jahren, dass wir mehr Geld für die Ausweisung bzw. Ausstattung von Tempo-30-Zonen, für den Radwegebau und für die Schulwegsicherung zur Verfügung stellen. Das hat Nachfragewirkung, auch für den baulichen Mittelstand. Das ist uns wichtig. Aber im Vordergrund stehen die baulichen Investitionen an den Schulen – wenn wir damit „durch“ sind, wird ganz sicher ein „Masterplan Straßenbau“ folgen – wenn uns dann noch ausreichend Geld für öffentliche Aufgaben zur Verfügung steht.

Bonn-Ausweis erhalten

Mit diesem Haushalt schaffen wir die Grundlage, um Bonn auch in Zukunft als lebendige, dynamische, familienfreundliche und wirtschaftlich starke Stadt präsentieren zu können. Bonn wird auch eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit bleiben. Ausdruck dieser Überzeugung ist und bleibt der Bonn-Ausweis, der nach Auffassung der SPD nicht aufgegeben wird. Die Konsolidierung ist noch lange nicht geschultert. Aber wir sind auf einem guten Weg.

Und der Weg lohnt sich. Das Ziel lohnt alle Anstrengungen. Sparsamkeit ist dabei kein Selbstzweck. Wir werden konsolidieren und Neues anpacken. Wir werden konsolidieren und unsere Stadt modernisieren. Wir werden konsolidieren und unsere Stadt attraktiv halten.

Dieser Weg ist ohne Alternative – eine Alternative ist uns auch von der selbsternannten Opposition nicht aufgezeigt worden.

Schließen möchte ich mit einem Dank. Zunächst danke ich dem Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, allen voran Herrn Kömpel. Sie haben viel geleistet und müssen auch noch viel leisten. Sie haben große Geduld bewiesen und einige Kritik aushalten müssen – Herr Professor Sander dabei vor allem von seinen Parteifreunden der CDU. Aber Sie bleiben engagiert. Danke und Respekt! Herr Professor Sander – Sie wissen, unsere Türen stehen für Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer offen.

Danken möchte ich auch unseren Koalitionspartnern, die sich zu Beginn des Jahres auf den nicht einfachen Weg gemacht haben, mit uns gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Das war nicht selbstverständlich – und auch nicht alle Gespräche waren einfach. Aber die Gemeinsamkeiten überwiegen.

Und nicht zuletzt möchte ich den Bürgerinnen und Bürgern danken, die Verständnis zeigen für die zu treffenden Maßnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen in diesen schweren Prozess, wird ganz entscheidend für den Erfolg sein. Dabei ist es meist besser, ehrlich zu sagen, was an notwendigen Kürzungen vorgenommen werden muss, als die Bürgerinnen und Bürger im irrigen Glauben zu lassen, es würde schon alles irgendwie gut gehen – ohne Veränderungen.

Der Haushalt und das HSK weisen Perspektive auf – für die Stadt und für ihre Bürgerinnen und Bürger. Er formuliert klare Schwerpunkte für die nächsten Jahre. Er steht für Verantwortung.

Wir sind bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

Wir stimmen dem Haushalt zu.

Nachbetrachtung:

„Kluge“ Menschen und Ihre Empfehlungen zum Haushalt:

Immanuel Kant

„Sparsamkeit – das ist das Versagen eines Genusses in der Gegenwart für die Zukunft.“

Ergo – wir machen Bonn fit für die Zukunft!

Erich Fried

„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt“

Ergo – wir brauchen Veränderungen in Bonn, um Bonn auch in Zukunft attraktiv zu halten!

Antoine de Saint-Exupéry

„Wenn du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit zu verteilen, sondern lehre sie die Sehnsucht nach dem weiten endlosen Meer.“

Ergo – wir sagen nicht nur, dass es in den nächsten Jahren große Anstrengungen gibt, sondern sagen auch, wofür die Anstrengungen gut sind.

Weisheit der Dakota-Indianer

„Wenn du entdeckst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab.“

„Doch in der Politik versuchen wir oft andere Strategien:

- Wir besorgen eine stärkere Peitsche
- Wir wechseln den Reiter
- Wir gründen einen Arbeitskreis, um das Pferd zu analysieren
- Wir besuchen andere Orte, um zu sehen, wie man dort tote Pferde reitet
- Wir erhöhen die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde
- Wir bilden eine task force, um das tote Pferd wieder zu beleben
- Wir stellen Vergleiche unterschiedlich toter Pferde an
- Wir ändern die Kriterien, die besagen, ob ein Pferd tot ist
- Wir kaufen Leute von außerhalb ein, um das tote Pferd zu reiten
- Wir schirren mehrere tote Pferde zusammen, damit sie schneller werden
- Wir erklären, dass unser Pferd besser, schneller und billiger tot ist
- Wir strukturieren den Stall um
- Wir verdoppeln die Futterration
- Wir erklären, dass ein totes Pferd von Anfang an unser Ziel war
- Wir befördern den Reiter
- Wir verleugnen, jemals ein Pferd besessen zu haben“

Ergo – wir übernehmen Verantwortung und treffen Entscheidungen, jetzt!